

Zum Verlauf der Passierscheinerteilung an Westberliner, 1. Bericht

19. Dezember 1963

1. Bericht Nr. 773b/63 über den Verlauf der Maßnahmen zur Ausgabe und Annahme von Anträgen für Passierscheine

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 31073, Bl. 530–540 (11. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Ulbricht, Honecker, Norden, Abusch, Stoph – MfS: Mielke, Beater, Schröder, Wolf, Ablage.

Bemerkungen

Es handelt sich hier um die 2., deutlich überarbeitete Fassung der Information 773a/63. Die zweite Hälfte der vorliegenden Information, beginnend mit der Zwischenüberschrift »Über den Verlauf im Einzelnen« ist über weite Strecken textidentisch mit dem Abschnitt drei (»Zum Verlauf der Aktion«) der Erstfassung (Information 773a/63).

Am 18.12.1963 wurden alle zwölf Passierscheinstellen ¹ in Westberlin pünktlich um 13.00 Uhr, durch die Postangestellten ² der DDR eröffnet. Es wurden insgesamt ausgegeben: 43 000 Anträge (ca. 3 500 Anträge pro Ausgabestelle). Es wurden insgesamt 22 000 Personen abgefertigt, die im Wesentlichen jeweils für zwei bis drei Personen die Einreise beantragten.

Durchschnittlich wurden pro Antragsteller zwei Anträge ausgehändigt. Nicht zurückgegeben wurden: 18 700 Anträge, verbleiben: 24 300 Anträge; davon haben sich während der Bearbeitung im Präsidium der Deutschen Volkspolizei Berlin als ungültig herausgestellt, da wichtige Angaben zur Person fehlten bzw. die angegebenen Adressen unvollkommen oder falsch waren: 5 000 Anträge. Abgelehnt wurden 100 Anträge; davon zehn Anträge aus strafrechtlichen Gründen. 90 Anträge wiesen zu negative Merkmale auf.

Aufteilung der ausgegebenen Anträge auf die einzelnen Ausgabestellen:

Stadtbezirk	ausgegebene Anträge	zurückerkhaltene Anträge	bei Antragsteller verblieben
Neukölln	4 500	2 500	2 000
Steglitz	4 200	2 300	1 900
Tempelhof	4 200	2 350	1 850
Schöneberg	4 000	2 150	1 850
Wilmerdorf	4 000	2 300	1 700
Spandau	4 000	2 300	1 700
Wedding	3 700	2 100	1 600

Reinickendorf	3 400	2 000	1 400
Kreuzberg	3 000	1 800	1 200
Tiergarten	3 000	1 700	1 300
Zehlendorf	2 500	1 400	1 100
Charlottenburg	2 500	1 400	1 100
Insgesamt:	43 000	24 300	18 700

Die 5 000 Anträge befinden sich noch in der Überprüfung mit dem Ziel, diese Zahl noch zu verringern, um sie noch morgen mit ausgeben zu können.

Bei den dann noch verbleibenden Anträgen werden die Antragsteller aufgefordert, die Anträge exakter auszufüllen.

Es werden den Ausgabestellen in Westberlin heute, am 19.12.1963, 13.00 Uhr, 19 000 Passierscheine zur Aufgabe übergeben.

Die zahlenmäßige Auswertung der am 18.12.1963 gestellten Anträge ergab etwa 60 000 Personen, die auf die verschiedensten Tage verteilt, einreisen. Davon:

20.12.[1963]	10 000
21.12.[1963]	600
22.12.[1963]	1 600
23.12.[1963]	700
24.12.[1963]	700
25.12.[1963]	20 000
26.12.[1963]	4 000
27.12.[1963]	800
28.12.[1963]	700
29.12.[1963]	700
30.12.[1963]	15 000
31.12.[1963]	1 700
1.1.[1964]	1 000

2.1.[1964]	600
3.1.[1964]	700
4.1.[1964]	600
5.1.[1964]	600

400 Westberliner Bürger – zumeist ältere Frauen, Kinder, nur ganz wenig Männer mittleren Alters und Jugendliche – haben einen Passierschein für den Besuch ihrer Verwandten, die im Grenzgebiet wohnen, erhalten.

Aufgrund der Menge der zu prüfenden Anträge war es nicht möglich, eine solch gründliche Überprüfung vorzunehmen, und somit wurde diese Tatsache erst später festgestellt. Da diese nun einmal Passierscheine bekommen haben, sollten die Bürger verständigt werden und sich mit diesen Personen außerhalb des Grenzgebietes treffen, um die Grenzordnung nicht zu verletzen – falls nicht eine andere Entscheidung getroffen wird.

Bei Schließung der Ausgabestellen befanden sich in den Westberliner Bezirken Reinickendorf, Schöneberg und Tiergarten noch einige Hundert Personen – schwankend zwischen 300 bis 500 – vor den Ausgabestellen, die auf Abfertigung warteten. Wenngleich diese Tatsache vom Gegner sicherlich auszunutzen versucht wird, liegt die Ursache dafür eindeutig in einer Reihe von objektiven Schwierigkeiten.

Diese Schwierigkeiten bestanden vor allem darin, dass von Westberliner Bürgern z. T. bis zu zehn Anträge (offensichtlich in der Absicht, sich rechtzeitig genügend mit Anträgen einzudecken) verlangt wurden.

Das wurde abgelehnt. Die Höchstzahl waren fünf Anträge, die pro Person ausgegeben wurden.

Verzögerungen in der Ausgabe von Anträgen waren auf folgende Erscheinungen zurückzuführen:

Trotz der guten Merkblätter hatten die Westberliner Bürger noch zu wenig Kenntnis über die Ordnung der Ausgabe und der weiteren Abwicklung.

Eine sehr große Anzahl von Westberliner Bürgern hatte die Anträge unvollständig und unleserlich ausgefüllt.

Es wurden zu viele Anträge auf einmal gefordert.

Die Westberliner Bevölkerung traute ihren eigenen Angehörigen der Post, des Senats und der Polizei wegen deren oft bewusst falschen Auskünfte, wegen ihres arroganten Verhaltens usw. nicht und wandte sich mit einer Vielzahl von Fragen an die Postangestellten der DDR. Allein dieses Beantworten der Fragen nahm einen großen Teil der Zeit der DDR-Postangestellten in Anspruch. Trotzdem wurden alle Auskünfte von ihnen mit großer und auch Anerkennung findender Höflichkeit und Korrektheit gegeben, was aber die Bearbeitungszeit erhöhte.

Die von den Westberliner Bürgern gestellten Fragen hatten hauptsächlich folgenden Inhalt:

- Was darf man in das demokratische Berlin³ alles mitbringen, z. B. Lebensmittel, Textilien, andere Waren, darf man Haustiere (besonders Hunde) mitbringen?
- Darf man seinen Verwandten im demokratischen Berlin Geld schenken?
- Welche Möglichkeiten haben Taxi-Fahrer, um Besucher ins demokratische Berlin zu fahren, welche Genehmigungen sind für sie erforderlich wenn es solche Möglichkeiten gibt?
- Ist der Besuch von Friedhöfen im demokratischen Berlin als alleiniger Besuchsgrund möglich?
- Wie erfolgt die Betreuung kranker, alter und gebrechlicher Personen durch das Rote Kreuz oder andere Einrichtungen?
- Dürfen mit einem Passierschein mehrere Verwandte besucht werden oder sind dann mehrere Anträge für einen Tag notwendig?

Unter diesem Gesichtspunkt der Beantwortung dieser Fragen und für den großen Andrang ist die Zahl der Postangestellten der DDR zu wenig. Hinzu kommt, dass die notwendige ruhige Arbeitsatmosphäre in den Ausgabestellen durch Vertreter der westdeutschen Presse, des Rundfunks und des Fernsehens beeinträchtigt wurde.

Es kommt deshalb darauf an, dass die zuständigen Westberliner Stellen über die in einigen Fällen schon am ersten Tag vorhandene Unterstützung hinaus eine stärkere und wirkungsvollere Hilfe ihrer eigenen Bevölkerung gegenüber geben, besonders um die ordnungsgemäße Ausfüllung der Anträge zu gewährleisten.

An eine Person werden deshalb ab sofort nur drei Anträge ausgegeben und die Westberliner Bürger darauf hingewiesen, an späteren Tagen neue Anträge zu stellen.

Um die Gesamtabwicklung der Arbeiten in den Ausgabestellen vollständig einzuschätzen, sind noch die Erfahrungswerte vom 19.12. notwendig, weil an diesem Tage sowohl die Ausgabe und Annahme von Anträgen als auch die Ausgabe von Passierscheinen erfolgt.

Die Gesamteinschätzung aller Maßnahmen wird erstmalig am 20.12. möglich sein, weil an diesem Tage der Übergang Westberliner Bürger mit Passierscheinen über die KPP in das demokratische Berlin hinzukommt.

Über den Verlauf im Einzelnen:

Die bereits am 17.12.1963 erfolgte Besichtigung der Passierscheinstellen in Westberlin durch Postangestellte der DDR verlief reibungslos. Die Postangestellten der DDR wurden an den KPP auf Westberliner Seite erwartet. Es standen Funkwagen, VW-Bus und Mercedes-Wagen bereit. Die Fahrer und Begleiter der Mercedes-Wagen stellten sich unseren Postangestellten als Angehörige der Westberliner Kriminalpolizei vor und betonten, ihren Schutz zu übernehmen. Danach wurden unsere Postangestellten zu den einzelnen Passierscheinstellen in den Westberliner Bezirken gefahren. Dort wurden sie von Vertretern der Westberliner Post, von den zuständigen Westberliner Polizeiverantwortlichen der betreffenden Bezirke, den Schuldirektoren und anderen Personen erwartet und begrüßt. Diese verantwortlichen Westberliner Personen verhielten sich sehr höflich, entgegenkommend und hilfsbereit und zeigten den Postangestellten der DDR die Räumlichkeiten und die zur Verfügung gestellten Einrichtungen. Sie erkundigten sich auch, ob dies alles den Wünschen entspräche.

Übereinstimmend wurden jedoch von diesen Angestellten und Verantwortlichen in allen Ausgabestellen folgende Bemerkungen gemacht, die auf eine offensichtliche Steuerung durch zentrale Westberliner Stellen hinweisen. So wurde erklärt, es wäre gut, wenn die Anträge von Westberliner Stellen ausgegeben würden. Dies wäre einmal eine Erleichterung für die Postangestellten der DDR und zum anderen könnten sie aufgrund ihrer Möglichkeiten besser auf die jeweilige Situation reagieren.

Eine Reihe der zur Besichtigung anwesenden Westberliner Postangestellten und andere Westberliner Angestellte ließen durchblicken, dass sie selbst interessiert daran seien, das demokratische Berlin zu besuchen. Sie baten deshalb die Postangestellten der DDR – gewissermaßen aus kollegialer Gefälligkeit heraus –, ihre Anträge am 18.12. gleich zu Beginn abgeben zu dürfen.

Hinweise auf das Interesse, das demokratische Berlin zu besuchen, wurden in einzelnen Fällen auch von Westberliner Polizeiangehörigen bekannt. Sie betonten jedoch, dass sie ja leider nicht fahren dürften.

An den einzelnen Passierscheinstellen waren Sicherungskräfte vorhanden.

Von anwesenden Westberliner Polizeichefs wurde den Postangestellten der DDR versichert, dass sie eventuelle Handlungen von Rowdygruppen oder andere Ausschreitungen nicht dulden werden. Verschiedene Westberliner Polizisten äußerten in Gesprächen, sie würden garantieren, dass keine Person ohne Passierschein die Grenze überschreite.

Auch am 18.12. waren bei der Überfahrt der Kräfte für die Passierscheinausgabestellen keine besonderen Vorkommnisse zu verzeichnen.

Lediglich am KPP Chausseestraße wurden gegen 12.00 Uhr 14 Personen bei der Einfahrt nach Westberlin von westlicher Seite aus gefilmt. Auf der Westseite der KPP wurden durch die Westpolizei weitere Sicherungsmaßnahmen (Absperrgitter, Markierungslinien usw.) getroffen, um einen geordneten Personen- und Fahrzeugverkehr zu ermöglichen.

Nach Eröffnung am 18.12.1963, 13.00 Uhr, herrschte vor den Passierscheinstellen großer Andrang – z. T. schon seit 9.00 Uhr und eher. (In der Ausgabestelle Tiergarten stand der erste Westberliner Bürger z. B. bereits seit 2.00 Uhr nachts an.)

Die vor den Ausgabestellen wartenden Westberliner Antragsteller empfingen die Postangestellten der DDR überall ausgesprochen freundlich. In vielen Fällen wurden sie mit Beifall, dankenden Worten, guten Weihnachtswünschen u. a. Zeichen der Aufgeschlossenheit und Anerkennung des Passierscheinangebotes der DDR bedacht. Verschiedentlich wurden den Postangestellten Zigaretten, Kaffee u. Ä. angeboten, was jedoch nicht angenommen wurde. In einigen Fällen erfolgten die Freundschaftsbezeugungen auch heimlich und leise geflüstert, um sich offensichtlich den anwesenden Westpolizisten oder anderen »offiziellen« Personen gegenüber nicht zu offenbaren. Mitunter kam es, besonders bei älteren Personen, sogar zu Tränen.

Ein Vertreter des Bezirksbürgermeisters von Wilmersdorf besuchte am Nachmittag den Leiter der Passierscheinstelle und fragte, ob Kaffee, Speisen oder Ähnliches benötigt werden. Das Gleiche war im Bezirk Wedding der Fall. Der Bezirksbürgermeister von Spandau war bereits am Vormittag offiziell in der Ausgabestelle erschienen, hielt eine kurze Ansprache und wandte sich unmittelbar an unsere Angestellten, denen er für ihre »gute Tat für die Westberliner« dankte. In der Ausgabestelle Schöneberg erschien gegen 16.00 Uhr Willy Brandt⁴ in Begleitung von vier weiteren Personen. Er stellte sich persönlich dem Leiter der Ausgabestelle vor und fragte, wie unsere Mitarbeiter mit den örtlichen Verhältnissen zufrieden sind, wie die Organisation klappt und welche Schwierigkeiten es gibt. Brandt war vom westdeutschen Fernsehen begleitet.

Die positive Stimmung der Antragsteller hielt den ganzen Nachmittag über an, bis zum Schluss der Ausgabe. Ein immer wiederkehrendes Argument war z. B. die mit verschiedensten Worten geäußerte Ansicht, dass das Verhandeln nun weitergehe. »... Wenn die Passierscheinausgabe und die vorangegangenen Verhandlungen möglich waren, dann werden in Zukunft noch ganz andere Dinge durch Verhandlungen möglich sein ...« u. Ä.

Auch als dann nicht mehr alle abgefertigt werden konnten, verhielten sich die Westberliner Bürger insgesamt diszipliniert und einsichtsvoll. Nach Schließung der Ausgabestelle Reinickendorf waren z. B. einige der noch anstehenden Personen empört und äußerten (zum Teil vorwurfsvoll und auch an Westpolizisten gewandt), sich bei Brandt beschweren zu wollen, weil er die Verhandlungen so lange hinausgezögert habe. Dadurch sei eine bessere Organisation verhindert worden. Man hätte z. B. westlicherseits auch einer größeren Anzahl von Postangestellten der DDR zustimmen müssen.

In den Ausgabestellen im Bezirk Wedding z. B. stellten Westberliner Posthelfer gegen 15.00 Uhr die ungefähre Zahl der Personen fest, die noch abgefertigt werden können und gaben entsprechende mit Nummern bedruckte Zettel aus, mit denen diese Personen dann am nächsten Tage gleich zuerst abgefertigt werden sollten.

In Wilmersdorf machte die Westpolizei mit Lautsprechern gegen 16.30 Uhr die Wartenden darauf aufmerksam, dass sie nicht länger warten sollten, sondern am nächsten Tag wiederkommen möchten.

In Tiergarten war am Nachmittag der Bezirksdirektor der Westpost anwesend und kümmerte sich um den Ablauf. Acht bis zehn Posthelfer der Westpost wurden eingesetzt, um ständig die Antragsteller aufzuklären, wie sie ausfüllen müssen, damit alles reibungslos vonstattengeht.

Neben dem sich sehr schnell entwickelnden guten Kontakt zu Westberliner Postangestellten ergab sich besonders mit den eingesetzten Westberliner Schülern (14 bis 16 Jahre alt) und ihren Lehrern eine gute Zusammenarbeit. Diese Kräfte halfen den Westberliner Bürgern bei der richtigen Ausfüllung der Anträge und entlasteten damit unsere Angestellten.

Von den zur Absicherung eingesetzten Kräften der Westberliner Polizei, die untereinander mit Kleinst-Sprechfunkapparaten verbunden waren, wurde organisiert, dass sich keine Schlangen bildeten. So wurden neben den Turnhallen auch noch Schulräume zur Verfügung gestellt.

In Wilmersdorf wurde von der Westpolizei registriert, wieviel Personen die Turnhalle betreten.

Besondere Vorkommnisse mit diesen Kräften oder sichtbares Eingreifen von ihnen wegen provokatorischen Handlungen oder anderer Ereignisse waren nicht festzustellen.

Es gab jedoch Hinweise, dass Westberliner Polizeikräfte versuchten, die Westberliner Bevölkerung und unsere Angestellten gegeneinander auszuspielen, z. B. mit Bemerkungen an unsere Angestellten, dass die Westberliner sich egoistisch und schlecht verhielten. Umgekehrt wurde den Westberlinern einzureden versucht, dass unsere Angestellten ihren Aufgaben nur ungern nachkämen und deshalb sich die Abfertigung verzögert.

In der Ausgabestelle Wilmersdorf versuchten nachmittags Vertreter der Presse in Erfahrung zu bringen, wieviel Anträge (Antragsformulare) vom demokratischen Berlin mitgebracht wurden und wieviel bereits ausgegeben waren.

In der Ausgabestelle Neukölln stellten Westpresse und Fernsehen im Wesentlichen die Fragen:

- Wieviel Anträge wurden ausgegeben?
- Welche Fragen wurden durch die Westberliner Bürger gestellt?
- Welchen Eindruck haben die Angestellten der DDR von der Westberliner Bevölkerung?

In der Ausgabestelle Zehlendorf fragten Westreporter, ob die DDR-Postangestellten freiwillig gekommen wären und von welchen Dienststellen sie seien.

In der Ausgabestelle Wedding fanden sich zu Beginn der Ausgabe sehr viele Presseleute und Fotografen ein, die aber auf Bitten des Leiters der Passierscheinstelle (wegen der Beeinträchtigung der Konzentration unserer Angestellten) von der Westpolizei aus der Halle verwiesen wurden. Die Westpolizisten ließen aber dabei durchblicken, dass dies wegen der bei ihnen »herrschenden Demokratie« und »Meinungs- und Pressefreiheit« nicht so ohne Weiteres ginge.

In der Ausgabestelle Kreuzberg wurde ein Westpolizist in Uniform, der einen Passierschein beantragen wollte, von einem Zivilisten aus der Reihe geholt mit dem Hinweis, dass er in der Ausgabestelle nichts zu suchen habe.

Ein Vertreter des AEG-Konzerns bat darum, ihm Anträge mitzugeben, die er im Betrieb verteilen lassen wollte.

Die Ausgabe der Antragsformulare selbst vollzog sich in der ersten Stunde noch unter bestimmten Einarbeitungsschwierigkeiten unserer Postangestellten (Prüfung der Daten in den Westberliner Ausweisen, Zusammenarbeit untereinander), hat sich dann aber schnell eingespielt und verlief normal, wobei unsere Angestellten pausenlos und mit großer Intensität arbeiteten, was von den Westberliner Bürgern auch lobend anerkannt wurde.

Besonderen Eindruck machte auch die Tatsache, dass unsere Postangestellten kranke Menschen oder von Unwohlsein befallene Westberliner Bürger in den medizinischen Räumen aufsuchten und dort die notwendigen Arbeiten für die Antragstellung erledigten.

1

Nach dem Mauerbau am 13.8.1961 konnten DDR-Bürger nicht mehr nach Westberlin reisen, und seit Ende August 1961 verwehrte die DDR auch Westberlinern die Einreise nach Ostberlin. Nach einer längeren Sondierungsphase handelten die Regierung der DDR und der Senat von Berlin innerhalb weniger Tage die Passierscheinvereinbarung vom 17.12.1963 aus. Sie regelte die Ausgabe von Passierscheinen für Bürger mit dem ständigen Wohnsitz in Westberlin für den Besuch naher Verwandter in Ostberlin für den Zeitraum vom 19.12.1963 bis zum 5.1.1964. Den Ostberlinern blieb der Weg nach Westen aber weiterhin versperrt.

2

Das Protokoll des Passierscheinabkommens vom 17.12.1963 bestimmte unter Punkt II.4 der Protokollanlage, dass die DDR in den Westberliner Passierscheinstellen ausschließlich Mitarbeiter der Deutschen Post der DDR in Dienstkleidung einsetzte. Ihre Aufgabe beschränkte sich darauf, die Antragsformulare auszugeben, die ausgefüllten Anträge anzunehmen und später die Passierscheine auszuhändigen. Die Bearbeitung der Anträge erfolgte in Ostberlin. Durch dieses Prozedere sollte der Anschein vermieden werden, die DDR führe Hoheitsakte in Westberlin aus. Vgl. auch Information 40/64, aus der zumindest mittelbar hervorgeht, dass es sich bei den Ostberliner Postangestellten zwar durchweg um vom MfS sorgfältig auf ihre Zuverlässigkeit und Kooperationsbereitschaft überprüfte Personen handelte, aber nur z. T. um MfS-Mitarbeiter.

3

»Demokratisches Berlin« war im offiziellen Sprachgebrauch der DDR die Bezeichnung für Ostberlin.

Im Original: »Willi«. Willy Brandt, Jg. 1913, SPD-Politiker, 1957–66 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1964–87 Parteivorsitzender, 1966–69 Bundesaußenminister, 1969–74 Bundeskanzler.

© Copyright by Stasi-Unterlagen-Archiv.